



Dr. Stephan Siemer

Das Jahr 2015 fing gut an. Wir als CDU haben sowohl im Kreisverband als auch in einigen Stadt- und Gemeindeverbänden mit Neujahrsempfängen, Prütt- und Kohlessen gesellschaftliche Auftritte veranstaltet. Wir haben Mitglieder für langjährige Treue geehrt. 2015 haben wir keine Wahlen, bereiten uns aber intensiv auf die im nächsten Jahr stattfindenden Kommunalwahlen vor. Es gilt, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten, Frauen und junge Leute zu gewinnen. Ich meine, das müssen wir ernsthafter angehen. Themen, mit denen wir uns als CDU aktiv zu befassen haben, gibt es eine ganze Reihe. Wir haben den Stadt- und Ortsverbänden empfohlen, sich aktiv um die Flüchtlingshilfe zu kümmern. Dabei geht es vor allem darum, ehrenamtliche Helfer zu gewinnen und zu unterstützen. Treffen von Helfern und denen, die es gerne tun wollen, sollten umgesetzt werden. Wir als Kreisverband werden das Flüchtlingsthema, aber auch die Frage, ob wir den Wolf in unserer Heimat brauchen, thematisieren. Landespolitisch werden wir uns um die geplanten Änderungen im Landesraumordnungsprogramm kümmern, um nur eines unserer Anliegen anzusprechen.

Verantwortlich:  
Dr. Stephan Siemer und Klaus Esslinger



Das Image des Oldenburger Münsterlandes muss verbessert werden. Darüber sind sich alle einig. Die CDU- Kreistagsmitglieder werden sich mit den Kollegen aus dem Kreis Cloppenburg des Themas annehmen.

## Rot-Grün tarnt und täuscht Zugeständnisse sind reine Lippenbekenntnisse

Gegen den Entwurf des Landesraumordnungsprogrammes gibt es zahlreiche Bedenken unzählige Resolutionen und Petitionen sind an den Landtag und an Minister Christian Meyer gerichtet worden. Das führte dazu, dass es seitens der Landesregierung die Erklärung gab, man werde alles noch einmal neu betrachten und ändern. Wie der Stephan Siemer mitteilte, haben in der Sitzung des Agrarausschusses SPD und Grünen insgesamt drei Anträge der CDU abgelehnt, die weitgehende Nachbesserungen an dem Entwurf fordern: beispielsweise hinsichtlich der Wahrung der kommunalen Planungshoheit oder der geplanten Wiedervernässungen

landwirtschaftlicher Flächen. Auch die Forderung der CDU nach einem neuen, formellen Beteiligungsverfahren für die bereits angekündigte Überarbeitung ist abgelehnt worden. „Das Verhalten von Rot-Grün bestätigt unser Misstrauen und entlarvt die wahren Absichten der Landesregierung, die im Dezember noch einen ganz neuen Entwurf in Aussicht gestellt hatte“, sagte Siemer. Um angesichts der heftigen Proteste die Wogen zu glätten, solle hier und da ein bisschen kosmetisch nachgebessert werden - das versprochene neue Gesicht werde das Raumordnungsprogramm aber nicht bekommen.

Die angekündigten Zugeständnisse der SPD-Abgeord-

neten in ihren Wahlkreisen seien offenbar Lippenbekenntnisse, um die Betroffenen vor Ort zu beruhigen. Dr. Siemer und sein Fraktionskollege Frank Oesterhelweg rufen deshalb die betroffenen Städte, Gemeinden, Landkreise, Verbände, Unternehmer und Landwirte dazu auf, weiterhin Stellungnahmen und Petitionen an den zuständigen Minister, aber auch an den Landtag einzureichen, um Rot-Grün unter Druck zu setzen. „Es ist schlichtweg nicht hinnehmbar, dass eine Landesregierung sich gegenüber den Interessen weiter Teile der Bevölkerung derart ignorant zeigt, so die CDU-Landtagsabgeordneten.“



**CDU**

# Brauchen wir hier den Wolf ?

Der Wolf in Niedersachsen. Darüber hat die CDU-Landtagsfraktion intensiv beraten. Dazu CDU-Generalsekretär Ulf Thiele: „Nach meiner persönlichen Auffassung werden wir die Konflikte zwischen den Menschen, insbesondere den Nutztierhaltern und dem Wolf nur dann begrenzen

können, wenn unsere Jäger regulierend in die Populationen eingreifen können. Dafür muss nicht nur das niedersächsische Jagdrecht geändert werden, sondern die Europäische Union muss den absoluten Schutz des Wolfes aufgeben und eine regulierende Bejagung erlauben.“

## Nutztierhalter mit Folgen nicht alleine lassen

Dr. Stephan Siemer hat ausdrücklich Verständnis für die Demonstration von Schafzüchtern aus den Landkreisen Diepholz und Vechta vor dem Niedersächsischen Umweltministerium bekundet. Die Züchter fordern eine schnellere Auswertung von DNA-Proben nach einem mutmaßlichen Wolfsriss. „So erfreulich es für den Artenschutz ist, dass sich der Wolf wieder in Niedersachsen angesiedelt hat - wir dürfen die Nutztierhalter mit den Folgen seiner Rückkehr nicht alleine lassen“, betonte Siemer. Die lange Dauer der Laboranalyse sei ein unhaltbarer Zustand. „Solange nicht klar ist, ob es sich tatsächlich um einen Wolfsriss handelt, bekommen die Züchter keine Entschädigung“, so

der CDU-Landtagsabgeordnete. Siemer begrüßte die Ankündigung des Ministeriums, die Fördermittel kurzfristig freizugeben. „Wenn der Wolf wieder auf Dauer heimisch werden soll, müssen die Halter gefährdeter Nutztiere in die Lage versetzt werden, ihre Herden zu schützen.“ Zudem müsse das Ministerium im Hinblick auf vermeintliche „Problemtiere“ geeignete Maßnahmen auf den Tisch legen. „Wenn ein Wolf, wie in Vechta und Diepholz geschehen, in drei Monaten über 50 Tiere reißt, reicht es nicht, mit einem Schulterzucken auf den Status einer streng geschützten Art zu verweisen. Die Regionen brauchen konkrete Handlungsanweisungen“,



JU-Mitglied und Schafzüchter Sebastian Ostmann wird von Staatssekretärin Almut Kottwitz begrüßt.



Auf ein großes Medieninteresse stieß der Besuch des Vechtaer Schafzüchters Sebastian Ostmann im Umweltministerium in Hannover. Der Wahlkreisabgeordnete erklärte, was er von der Landesregierung für den Schutz der Nutztiere fordert.

## Kurz & bündig

Die CDU sieht sich durch die Antwort der EU-Kommission auf eine Anfrage bestätigt: Niedersachsens Landesregierung hat durch ihr schlechtes Antragsmanagement die zeitnahe Auszahlung dringend benötigter ELER-Fördermittel verhindert. Die Regierung Weil hat das Programm zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum weder fristgerecht noch vollständig in Brüssel vorgelegt. Der Zeitpunkt für die Auszahlung der ELER-Mittel steht deshalb in den Sternen“. Ausbaden müssten diese Schlampigkeit unter anderem Landwirte, die sich für Fördermaßnahmen entscheiden müssten, ohne zu wissen, ob und wann sie für diese EU-Mitteln erhalten.

\*

Es ist ein kleiner rosa Ringelschwanz, der Schweinezüchtern derzeit große Sorgen bereitet. Grund dafür ist die

Ankündigung von Grünen-Agrarminister Meyer, in Niedersachsen solle ab 2017 Schluss sein mit dem Kupieren von Schweineschwänzen – auch wenn es bis dahin keine praxistauglichen Alternativlösungen gibt, um das problematische Schwanzbeißen unter den Tieren in den Griff zu bekommen.

\*

Um die Krankenhäuser nicht allein zu lassen, setzt sich die CDU-Landtagsfraktion direkt auf Bundesebene für eine angemessene Finanzierung der Krankenhäuser ein: Sie überreichte gemeinsam mit Vertretern der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann, 10.000 Unterschriften für eine ausreichende Krankenhausfinanzierung.

## Erhalt der Gymnasien ist am wichtigsten

Nur ein Fünftel der Niedersachsen ist mit der Schulpolitik der rot-grünen Landesregierung zufrieden. Dies ergab eine von der GMS im Auftrag der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag durchgeführte Repräsentativumfrage mit 1.012 Befragten. Fast doppelt so viele (39 Prozent) sind hingegen ein-

deutig und weitere 34 Prozent teilweise unzufrieden. Höchste Priorität hat für die Niedersachsen die Erhaltung der Gymnasien (57 Prozent) und des Leistungsgedankens (53 Prozent). Jeweils mehr als die Hälfte der Befragten zählt diese beiden Themen in der Schulpolitik Niedersachsens zu den beiden

wichtigsten Aufgaben. Der Verzicht auf weitere Schulreformen wird von 38 Prozent als prioritär angesehen. Mehr integrierte Gesamtschulen hält hingegen nicht einmal ein Viertel (23 Prozent) für besonders wichtig. Auch eine geringere Belastung der Schülerinnen und Schüler hat im Vergleich zu den anderen

Themen kaum Relevanz (19 Prozent). Erkennbar wünschen sich die Niedersachsen keine weiteren Veränderungen des Schulsystems. Vielmehr setzen sie auf ein differenziertes Bildungsangebot, das die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Begabungen fördert und auch fordert.